

Rote Karte für die Zürcher Regierung

Aus Spargeschwätz wurden neue Steuern, Abgaben und Gebühren

Blenden wir zurück. Vor einem Jahr hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat der Zürcher Regierung den Rücken gestärkt. Das Sparpaket sollte ohne Steuererhöhungen umgesetzt werden. Genützt hat das nichts! Bis 2019 drohen Millionensteuern.

- Die Regierung belastet Patienten und Spitäler. Sie will eine **neue Spitalsteuer** von **74 Mio. Franken** einführen. Prämiegelder werden zweckentfremdet. Die Gesundheitskosten steigen.
- Die Regierung bittet Pendler zur Kasse. Die Beschränkung des Pendlerabzugs ist eine Steuererhöhung von fast **100 Mio. Franken**. Es zahlt der arbeitende Mittelstand.
- Die Regierung greift den Passagieren der Zürisee-Schiffe in die Tasche. Neu bezahlen die Betroffenen für jede Fahrt einen **Fünfliber**, auch wenn sie bereits ein Abo haben.

Unter dem Deckmantel des Sparens werden laufend neue Steuern eingeführt. So ist der Auftrag nicht erfüllt. Im Gegenteil: Wer Sparen sagt und laufend neue Belastungen erfindet, spielt unfair.

Der Bund der Steuerzahler wird das Abstimmungsverhalten der kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier genau beobachten. Er erwartet, dass die geplanten Steuererhöhungen und Abgaben gestrichen werden.

Nein zu neuen Steuern.



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch